

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1985/86	137
Zur Wirtschaftslage: Westliche Industrieländer: Ölpreissenkung und Dollarkursverfall prägen Konjunktorentwicklung	144
Bundesrepublik Deutschland: Gegenläufige Einflüsse von Ölpreissenkung und Dollarkursverfall	150

Stäglich

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 11-12/86

Berlin

20. März 1986

53. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1985/86

Große Zahl neuer Arbeitsplätze

Die Leistung der Berliner Wirtschaft hat im vergangenen Jahr ebenso stark zugenommen wie 1984: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (ohne Verbrauchsteuern) stieg — einer ersten Schätzung zufolge — um 3 vH. Das Wachstumstempo war damit wiederum um rund einen halben vH-Punkt höher als in der gesamten Volkswirtschaft.

Mit der Ausweitung der Produktion ging eine beträchtliche Aufstockung der Beschäftigung einher. Im Durchschnitt des Jahres 1985 waren in Berlin 859 000 Personen erwerbstätig¹ — rund 14 000 oder 1,6 vH mehr als 1984. Im Bundesgebiet hat die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 0,8 vH zugenommen.

Die deutlich überdurchschnittliche Steigerung der Beschäftigtenzahl in Berlin ist das Ergebnis der vergleichsweise günstigen Entwicklung im warenproduzierenden Sektor der Stadt: Im verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Beschäftigten stärker gestiegen, im Baugewerbe hat sie schwächer abgenommen als im Bundesgebiet. Die Zahl der Arbeitsplätze im tertiären Sektor — Handel, Verkehr, private und öffentliche Dienstleistungen — wurde in Berlin etwa in gleichem Maße ausgeweitet wie in der gesamten Volkswirtschaft.

Der Zuwachs an Arbeitsplätzen resultierte allerdings nicht allein aus dem wirtschaftlichen Wachstum; er war zu einem erheblichen Teil durch die Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit bedingt. Dieser Rückgang war einmal Folge der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeitverkürzung in großen Teilen des verarbeitenden Gewerbes. Zum anderen hat die Teilzeitarbeit weiter an Bedeutung gewonnen, und zwar vor allem bei den privaten und öffentlichen Diensten. Weit mehr als ein Drittel der

rund 9 500 zusätzlichen Arbeitsplätze in diesen beiden Sektoren der Berliner Wirtschaft waren Teilzeit-Arbeitsplätze. Dabei ist die Zahl der teilzeitarbeitenden Männer im Vorjahresvergleich etwa doppelt so stark gestiegen wie die der Frauen. Der Anteil der Männer an allen Teilzeitbeschäftigten im Dienstleistungsbereich war 1985 mit rund 15 vH zwar noch gering; er weist aber schon seit einigen Jahren deutlich steigende Tendenz auf.

... verstärkte Zuwanderung aus dem übrigen Bundesgebiet

Im Zuge der wachsenden Nachfrage der Berliner Wirtschaft nach Arbeitskräften hat die Zuwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter aus dem übrigen Bundesgebiet 1985 sprunghaft zugenommen. Mit rund 29 000 Personen wurde die Zahl von 1984 um mehr als die Hälfte übertroffen.

Zwar unterscheidet die amtliche Berliner Statistik nicht nach Wanderungsmotiven oder sozio-ökonomischen Merkmalen der Wandernden; die Frage, welcher Teil der Zugezogenen in Berlin eine Arbeit aufgenommen hat, läßt sich daher nicht exakt beantworten. Anders als durch eine erhebliche Zunahme der Zahl zugewanderter Arbeitnehmer kann die jüngste Entwicklung aber wohl kaum erklärt werden. Dies ergibt sich auch aus der Betrachtung des regionalen Arbeitsmarktes. Obwohl erheblich mehr Arbeitsplätze bereitgestellt wurden, konnte die Arbeitslosigkeit bisher nicht spürbar verringert werden; die Zahl der Arbeitslosen verharrt seit 1983 bei etwas mehr als

¹ Nach dem Inländerkonzept, d.h. unter Einschluß der Beschäftigten bei ausländischen Vertretungen und alliierten Streitkräften, betrug die Zahl der Erwerbstätigen rund 872 000.

80 000. Auch wenn man berücksichtigt, daß das heimische Angebot an Arbeitskräften noch zunimmt, ist zu vermuten, daß ein großer Teil des Arbeitskräftebedarfs durch Zuwanderung gedeckt worden ist.

Auffallend ist, daß die Zahl der zugezogenen Fachkräfte, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz finanziell gefördert und damit statistisch erfaßt werden, 1985 kaum gestiegen ist und mit 4 600 Personen lediglich rund halb so groß war wie zu Beginn des Jahrzehnts. Da die Mobilitätshilfen nur an Arbeitnehmer mit solchen Qualifikationen geleistet werden, die in Berlin nicht vorhanden sind, muß der größte Teil der zugezogenen Arbeitnehmer berufliche Kenntnisse besitzen, die auch auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu finden sind.

Insgesamt betrachtet hat der Zustrom von Arbeitskräften aus dem Bundesgebiet dazu beigetragen, daß Berlin 1985 nach vielen Jahren wieder einen Wanderungsgewinn an Deutschen erzielte, der — mit schätzungsweise 22 000 Personen — deutlich über dem Sterbeüberschuß dieser Bevölkerungsgruppe (18 000 Personen) lag.

Anhaltend kräftige Ausweitung der Industrieproduktion

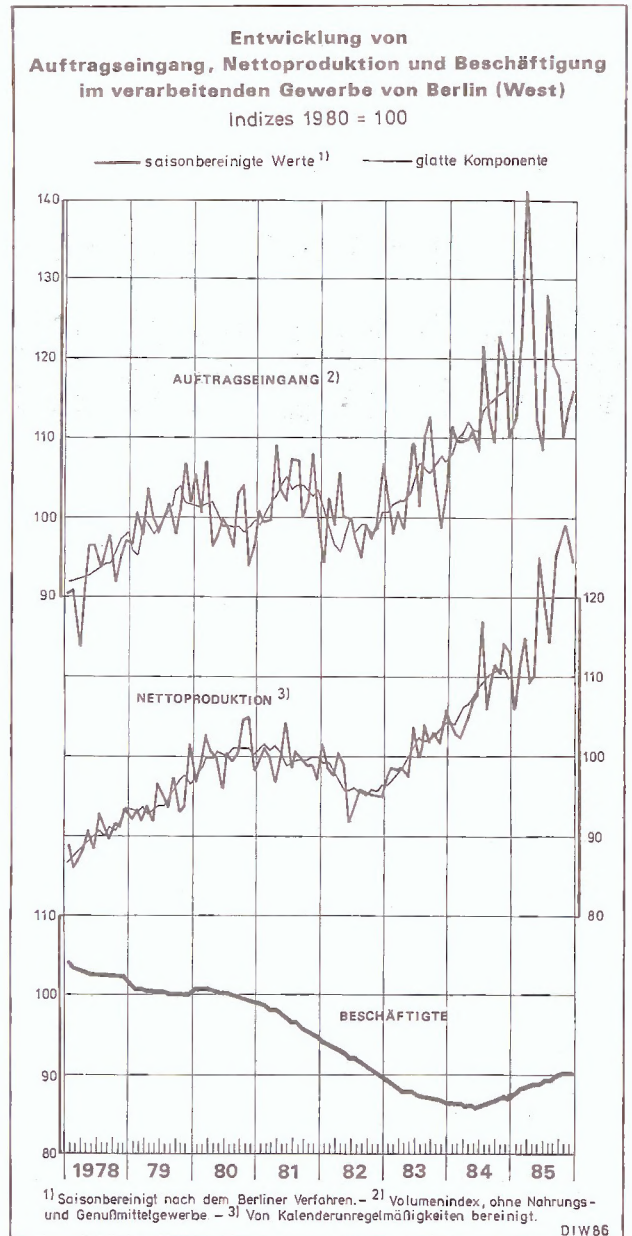
Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in Berlin ist im vergangenen Jahr weiter stark gestiegen. Der Index der Nettoproduktion stieg gegenüber 1984 um 8 vH — eine Zuwachsrate, die wesentlich höher war als im Bundesgebiet (+5,7 vH).

Kräftige Impulse erhielt die Berliner Industrie von der Nachfrage aus dem Ausland, insbesondere aus europäischen und asiatischen Ländern. Dabei erzielten Branchen mit niedrigen Exportquoten die größten Absatzserfolge; die Berliner Ernährungsindustrie beispielsweise hat ihre Lieferungen ins Ausland 1985 um rund 60 vH erhöht.

Von dem hohen Dollarkurs hat das verarbeitende Gewerbe der Stadt offenbar weniger profitiert als die deutsche Industrie insgesamt; jedenfalls haben die direkten Exporte nach Nordamerika kaum zugenommen. Die zusätzliche Nachfrage der USA nach deutschen Erzeugnissen hat sich auf Personenkraftwagen konzentriert, ein Produkt, das für die Berliner Industrie von vergleichsweise geringer Bedeutung ist.

Die elektrotechnische Industrie, der mit Abstand größte Zweig im verarbeitenden Gewerbe Berlins, hat im vergangenen Jahr vor allem ihren Inlandsabsatz erhöhen können. Von dem Ausbau und der Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur in der Bundesrepublik gehen erhebliche Nachfrageimpulse auf die Elektroindustrie Berlins aus; die Herstellung von Fernmeldegeräten und -einrichtungen ist 1985 kräftig gestiegen.

Von zunehmender Bedeutung für die Produktionsentwicklung in der Berliner Industrie ist die Fertigung von Ge-



räten der elektronischen Datenverarbeitung; sie ist 1985 um fast die Hälfte ausgeweitet worden. In den Berliner Betrieben dieser Branche werden allerdings keine Rechenanlagen, sondern insbesondere EDV-Elemente wie Platten Speicher und Disketten hergestellt. Dabei handelt es sich zwar auch um moderne Produkte mit stark wachsendem Markt; die Beschäftigungswirkungen derartiger Produktionen sind jedoch — zumindest gemessen an der Steigerung des Outputs — gering, da die Erzeugnisse mit extrem kapitalintensiven Verfahren hergestellt werden: Der durchschnittliche Umsatz pro Arbeiter in der EDV-Geräteherstellung lag 1985 in Berlin bei 1,4 Mill. DM, im Bundesgebiet war er nicht einmal halb so hoch. Bei der Ausweitung der Produktionskapazität in diesem Zweig der Berliner Industrie dürften die Subventionen im Rahmen der Berlinförderung eine erhebliche Rolle spielen.

Auftragseingang, Nettoproduktion und Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) und in der Bundesrepublik Deutschland¹

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	Verarbeitendes Gewerbe ²		Chemie		Maschinenbau		Straßenfahrzeuge		Elektrotechnik		Büromasch., EDV		Ernährung		Tabak	
	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik
Auftragseingang³																
1984	8,1	6,3	3,2	7,1	-0,4	8,8	5,4	3,5	13,0	10,3	28,3	21,3
1. Vj.	8,5	8,7	3,4	13,3	4,0	7,4	21,8	1,2	12,8	10,2	9,4	30,0
2. Vj.	5,9	5,1	1,8	7,7	-14,4	9,2	-14,3	-4,0	12,0	8,0	40,8	19,4
3. Vj.	6,4	7,0	-3,6	4,8	10,2	13,9	20,9	10,2	11,6	15,6	22,1	18,0
4. Vj.	11,4	4,4	10,9	2,5	1,1	5,8	-3,0	7,6	15,1	7,8	33,5	19,4
1985	5,4	5,1	5,5	2,5	5,9	9,6	-1,0	12,8	-3,6	6,9	43,1	17,8
1. Vj.	13,7	3,2	10,3	2,2	-4,5	10,9	-7,7	6,0	-1,6	5,6	205,5	38,1
2. Vj.	5,6	8,3	8,1	4,1	15,6	14,1	10,0	27,2	3,2	9,0	11,2	16,7
3. Vj.	7,3	6,0	5,8	3,2	15,8	10,4	1,8	10,4	-2,1	6,3	32,1	11,9
4. Vj.	-3,8	3,4	-1,5	0,0	-1,6	3,7	-6,4	11,0	-12,4	6,6	10,3	8,3
Nettoproduktion⁴																
1984	7,4	3,3	6,5	5,2	-6,3	0,3	2,4	-0,6	6,6	7,6	28,8	28,6	6,7	1,5	13,5	2,7
1. Vj.	5,3	5,6	7,0	9,4	-12,1	-3,0	15,2	11,4	1,4	8,8	15,7	16,7	1,5	0,5	8,9	3,5
2. Vj.	6,1	-1,4	3,8	4,9	-9,2	-1,2	-29,8	-26,4	10,6	3,8	26,3	24,8	6,9	1,9	15,4	0,3
3. Vj.	9,9	4,3	8,5	4,6	-3,6	2,5	21,2	7,4	8,0	7,8	35,0	29,1	10,8	-1,2	12,7	1,3
4. Vj.	8,2	5,3	7,1	1,9	-0,3	2,9	7,5	7,9	6,6	10,3	35,2	40,8	7,6	4,1	16,7	5,8
1985	8,0	5,7	8,9	2,2	8,5	6,6	1,6	12,6	11,9	12,2	44,2	26,6	5,0	2,8	6,5	4,4
1. Vj.	6,8	3,7	10,8	0,9	12,6	7,6	-7,6	5,9	13,3	9,9	-10,7	23,7	13,1	2,6	12,8	10,2
2. Vj.	6,1	8,9	13,7	4,2	-1,8	5,0	38,6	43,7	3,8	14,5	29,7	24,8	5,9	3,0	7,5	3,1
3. Vj.	8,4	6,1	9,1	3,5	21,9	8,3	2,2	5,0	18,8	15,9	35,6	23,2	-2,8	3,2	2,5	0,6
4. Vj.	10,6	4,5	2,4	0,2	3,8	5,4	-14,4	3,6	12,9	9,1	94,2	32,5	4,1	2,3	3,9	4,3
Beschäftigte⁵																
1984	-1,2	-1,0	3,3	0,1	-6,8	-2,5	-3,7	0,8	-0,7	0,9	5,3	4,0	-1,1	-1,4	0,7	-4,0
1. Vj.	-2,8	-2,0	2,8	-0,8	-9,2	-3,8	-5,7	-0,1	-4,1	-1,0	1,1	0,9	-2,0	-2,1	1,9	-4,9
2. Vj.	-2,1	-1,3	3,5	-0,1	-7,6	-3,0	-5,1	0,3	-1,9	0,4	3,2	2,2	-1,9	-1,6	-1,8	-4,9
3. Vj.	-0,8	-0,6	3,8	0,5	-5,9	-2,1	-3,0	1,2	0,5	1,4	6,1	5,3	-0,8	-1,2	1,1	-3,5
4. Vj.	0,6	-0,1	3,4	0,8	-4,4	-1,3	-1,0	2,0	2,8	2,7	10,7	7,6	0,3	-0,8	1,5	-2,5
1985	3,2	1,4	3,1	1,9	-1,3	2,4	-0,0	2,7	6,6	5,2	12,2	6,7	-2,4	-1,0	2,0	-9,9
1. Vj.	2,1	0,6	3,0	1,1	-3,9	0,4	-1,9	2,3	5,3	4,1	12,0	6,3	-0,1	-0,6	1,9	-8,7
2. Vj.	3,3	1,2	2,9	1,7	-1,6	1,8	-1,4	2,8	6,8	5,3	13,8	7,2	-2,0	-1,1	2,8	-10,2
3. Vj.	4,1	1,8	3,7	2,4	-0,3	3,4	1,1	3,2	7,8	6,0	12,7	7,1	-3,7	-0,9	0,7	-9,9
4. Vj.	3,6	1,8	3,0	2,4	0,7	4,2	2,1	2,7	6,3	5,6	10,4	6,2	-4,0	-1,4	2,5	-10,6
1986 ⁶	2	1,5

¹) Einschließlich Berlin (West). — ²) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Auftragseingang ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. — ³) Preisbereinigt. — ⁴) Arbeitstäglich. — ⁵) Nach fachlichen Betriebsteilen. — ⁶) Schätzung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

Im Zuge des kräftigen Wachstums der industriellen Produktion entstehen in beträchtlichem Umfang neue Arbeitsplätze. Die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe der Stadt betrug im Durchschnitt des Jahres 1985 162 600 — rund 5 000 oder 3,2 vH mehr als im Jahr davor. Mit dieser Steigerungsrate der industriellen Beschäftigung lag Berlin nicht nur weit über dem Bundesdurchschnitt (+1,4 vH), sondern auch deutlich höher als die wachstumsstarken süddeutschen Bundesländer (+2,2 vH)².

Weniger günstig als die Zahl der Beschäftigten hat sich indes deren Struktur entwickelt. Gestiegen ist vor allem die Zahl der Arbeiter, die der Angestellten hat nur wenig stärker als im Bundesdurchschnitt und sogar deutlich schwächer als in den süddeutschen Ländern zugenommen. Im Fertigungsbereich sind offenbar in beträchtlichem Maße ungelernete Arbeitskräfte hinzugekommen. Zumindest ist der Anteil der Arbeiter ohne Berufsbil-

² Hessen, Bayern und Baden-Württemberg.

dungsabschluß im vergangenen Jahr hier noch gestiegen, während er in Westdeutschland zurückgegangen ist³.

1986 dürfte die Nachfrage nach Erzeugnissen der Berliner Industrie weiter zunehmen. Der Rückgang des Auftragseingangs gegen Ende des vergangenen Jahres sollte nicht als Beginn einer länger anhaltenden Abschwächung gedeutet werden. Dafür spricht, daß für die Bundesrepublik insgesamt mit einer Fortdauer der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung zu rechnen ist. Besonders kräftig werden sich dort die Ausrüstungsinvestitionen erhöhen. Daraus dürften für die Berliner Industrie in erheblichem Maße zusätzliche Aufträge resultieren. Es ist daher zu erwarten, daß sich die Verlagerung von Produktion und Beschäftigung zugunsten der Investitionsgüterindustrien fortsetzen wird.

Insgesamt wird die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe Berlins in diesem Jahr weiter zunehmen. Der Beschäftigungsanstieg dürfte allerdings schwächer ausfallen als 1985. Im Jahresdurchschnitt werden rund 166 000 Arbeitskräfte in der Industrie tätig sein, gut 3 000 oder 2 vH mehr als 1985.

Innerstädtische Nachfrage

Überdurchschnittliche Preissteigerung dämpft privaten Verbrauch

Die Ausgaben der privaten Haushalte in Berlin sind 1985 um reichlich 4,5 vH und damit erheblich schneller gestiegen als im gesamten Bundesgebiet (3,7 vH). Die vergleichsweise kräftige Ausweitung der Konsumausgaben dürfte vor allem deswegen möglich gewesen sein, weil die Zahl der Beschäftigten in der regionalen Wirtschaft doppelt so stark aufgestockt wurde wie im Durchschnitt des Bundesgebietes.

Das günstige Bild verändert sich allerdings grundlegend, wenn die Preisentwicklung in die Betrachtung einbezogen wird: In Berlin waren die Lebenshaltungskosten 1985 um 3,4 vH höher als im Jahr davor, während der Preisanstieg im gesamten Bundesgebiet nur 2,1 vH betrug. Dabei sind die Preise in der Stadt bei fast allen Ausgabengruppen überdurchschnittlich gestiegen; entscheidend war jedoch die Entwicklungsdiskrepanz bei den Wohnungsmieten, die sich hier mit 7,7 vH mehr als doppelt so stark erhöht haben wie im Bundesgebiet (+3,3 vH).

Unterstellt, diese Steigerung sei tatsächlich ausschließlich die Folge höherer Preise für gleiche Leistung, enthalte also keine Mieterhöhungen aufgrund verbesserter Ausstattung durch Modernisierung, so kann für die reale Ausweitung des privaten Verbrauchs in der Stadt lediglich etwas mehr als 1 vH und damit erheblich weniger als in der gesamten Volkswirtschaft (+1,7 vH) angesetzt werden.

Dabei spricht einiges für die Vermutung, daß diese Rate nicht unwesentlich durch den starken Zustrom auswärtiger Besucher beeinflusst ist: Die Zahl der in den Berliner Beherbergungsbetrieben aufgenommenen Gäste lag mit 1,9 Millionen um 11 vH über dem Ergebnis von 1984. Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe hat sowohl seinen Umsatz (+7 vH) als auch seine Beschäftigtenzahl (+4,3 vH) überdurchschnittlich erhöht.

Im Einzelhandel dagegen — einem Bereich, der zu mehr als 95 vH von der Nachfrage der Berliner Bevölkerung abhängig ist — war der preisbereinigte Umsatz 1985 nicht wesentlich höher als im Jahr davor; die Zahl der Beschäftigten blieb unverändert. Freilich hat sich der Berliner Einzelhandel damit erstmals seit vielen Jahren nicht ungünstiger entwickelt als die Branche im übrigen Bundesgebiet.

Für 1986 ist mit einer beschleunigten Zunahme der verfügbaren Einkommen zu rechnen:

- Die Tarifabschlüsse werden höher sein als im vergangenen Jahr,
- die Zahl der Beschäftigten wird erneut deutlich zunehmen,
- die Transfereinkommen werden wieder schneller steigen.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer kann die Zunahme der Konsumausgaben der inländischen Haushalte auf 5,5 vH veranschlagt werden.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich in Berlin ebenso wie im Bundesgebiet, nicht zuletzt aufgrund der Verbilligung des Erdöls und des Rückgangs des Dollarkurses, weiter abschwächen. Da jedoch die Wohnungsmieten in der Stadt auch in diesem Jahr vergleichsweise kräftig erhöht werden, dürften die gesamten Lebenshaltungskosten hier nach wie vor deutlich schneller zunehmen (+2 vH) als dort. Gleichwohl wird der private Konsum real um 3,5 vH steigen und damit wesentlich stärker als bisher zum Wachstum der Wirtschaft beitragen.

Erhöhter Personalbestand im öffentlichen Sektor

Der Staatsverbrauch, d.h. der zur Erstellung öffentlicher Dienstleistungen erforderliche Personal- und Sachaufwand, ist im vergangenen Jahr in Berlin um rund 4,5 vH (preisbereinigt um 2 vH) gestiegen. In den einzelnen Bereichen des öffentlichen Sektors haben sich die Ausgaben sehr unterschiedlich entwickelt: Die Gebietskörperschaften — Bundes- und Landesbehörden — steigerten ihren Verbrauch um etwa 3 vH, bei den Sozialversicherungsträgern nahmen die Ausgaben mehr als dop-

³ Informationen zur Beschäftigtenstruktur liegen bisher nur für das erste Halbjahr 1985 vor.

pelt so schnell zu. Dieser Anstieg ist zum größten Teil auf zusätzliche Aufwendungen im Gesundheitswesen zurückzuführen.

Unter regionalökonomischen Gesichtspunkten sind vor allem die Personalausgaben — sie machen rund 60 vH des öffentlichen Verbrauchs aus — und die damit zusammenhängende Entwicklung der Beschäftigung von Interesse. Im Jahr 1985 waren im öffentlichen Sektor Berlins knapp 205 000 Personen tätig — 2 300 mehr als im Jahr davor. Der größte Teil dieses Zuwachses entfiel auf das Land Berlin, das seinen Personalbestand (einschließlich ABM-Kräften) um rund 2 000 erhöht hat. Bei den zusätzlich Beschäftigten handelt es sich ausschließlich um Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende; die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist konstant geblieben.

Unter der Annahme, daß der Trend zur Teilzeitarbeit weiter anhält, kann für dieses Jahr eine ähnliche Personalentwicklung im öffentlichen Sektor erwartet werden wie 1985. Der Staatsverbrauch insgesamt dürfte um 4 vH, preisbereinigt um 1,5 vH zunehmen.

Beschleunigter Strukturwandel im Bausektor

Obwohl die Nachfrage nach Bauleistungen 1985 kaum geringer war als im Jahr davor, hat sich die Situation des heimischen Baugewerbes — nur für diesen Teil der Produzenten liegen Informationen vor — deutlich verschlechtert: Die Bauleistung sank gegenüber 1984 um 5,5 vH, der durchschnittliche Beschäftigtenbestand war mit 59 000 um 3 vH niedriger als im Vorjahr, die Zahl der Arbeitslosen aus Bauberufen überstieg den Wert von 1984 im Mittel um 25 vH (8 000 Personen).

Die Durchschnittsbetrachtung verdeckt allerdings höchst unterschiedliche Entwicklungen in den beiden Bereichen des Baugewerbes:

— Im Berliner Bauhauptgewerbe blieb die Produktion (gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden) um gut 12 vH hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Die Zahl der Beschäftigten wurde um 4,8 vH vermindert.

— Das Berliner Ausbaugewerbe hat seine Produktion etwas erhöht. Die Zahl der Arbeitskräfte konnte gehalten werden; mit gut 26 000 Personen waren im Jahresmittel bereits 45 vH aller baugewerblich Beschäftigten im Ausbau tätig.

Die unterschiedliche Marktposition beider Bereiche kommt auch in anderen Kennziffern zum Ausdruck: So war die Arbeitslosenquote bei Personen mit Rohbauberufen (17 vH) fast doppelt so hoch wie bei Personen mit Ausbauberufen. Umgekehrt sind die Preise für Rohbauleistungen — gemessen am Preisindex für Wohngebäude — 1985 lediglich um 0,6 vH gestiegen, die Preise für Ausbauleistungen wurden dagegen immerhin um 2,4 vH erhöht.

Die vor dem Hintergrund der konstanten Nachfrage überraschend schlechte Entwicklung des Berliner Bau-

Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Berlin (West)

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereiche bzw. Verwendungskomponenten	1983	1984	1985 ¹⁾	1986 ²⁾
Entstehung des Sozialprodukts³⁾ (zu Preisen von 1980, ohne Verbrauchsteuern)				
Produzierendes Gewerbe	5,8	9,3	4,4	4,5
Energie, Wasserversorgung	6,7	3,4	1,8	2
Verarbeitendes Gewerbe	3,5	2,8	7,4	5,5
Baugewerbe	-0,4	5,8	-5,6	0
Handel und Verkehr	0,2	0,6	0,4	2,5
Handel	2,2	1,0	0,7	2,5
Verkehr, Nachr.übermittlung	-0,7	4,5	-0,5	2
Private Dienstleistungen	3,0	2,6	3,9	4
Staat	0,1	0,9	1,9	1,5
Bruttowertschöpfung insgesamt ⁴⁾	1,9	2,5	3,0	3,5
Bruttoinlandsprodukt ⁵⁾	1,9	2,8	3,0	3,5
<i>Bruttoinlandsprodukt Bundesrepublik</i>	1,2	2,6	2,4	3
Verwendung des Sozialprodukts (zu Preisen von 1980, ohne Verbrauchsteuern)				
Inländische Verwendung	2,9	2,9	1,5	3
Privater Verbrauch	1,5	2,2	1,2	3,5
Öffentlicher Verbrauch	0,8	1,0	2,0	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	9,8	7,9	7,2	10
Bauinvestitionen	1,3	6,6	-6,5	0
Überreg. Warenlieferungen	0,3	0,7	6,5	5
Überreg. Warenbezüge	4,7	-0,2	4,3	4,5
Bruttosozialprodukt ⁶⁾	1,8	2,7	3,0	3,5
<i>Bruttosozialprodukt Bundesrepublik</i>	1,5	2,7	2,4	3
Erwerbstätige⁷⁾				
Produzierendes Gewerbe	-3,1	0,3	1,5	1,5
Energie, Wasserversorgung	1,8	1,8	0,9	1
Verarbeitendes Gewerbe	-4,5	-1,0	2,9	2
Baugewerbe	0,7	4,3	-3,0	-1
Handel und Verkehr	-2,5	-0,0	0,2	1
Handel	-2,9	-0,5	-0,1	1
Verkehr, Nachr.übermittlung	-1,5	1,0	0,9	0,5
Private Dienstleistungen	0,1	2,5	2,9	3
Staat	0,9	1,1	1,1	1
Wirtschaft insgesamt	-1,1	1,1	1,6	1,5
<i>Erwerbstätige Bundesrepublik</i>	-1,5	0,1	0,8	1

1) Viertes Quartal geschätzt. — 2) Schätzung. — 3) Unbereinigte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. —

4) Unbereinigt, d.h. einschließlich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen. 5) Bruttoinlandsprodukt = unbereinigte Bruttowertschöpfung abzüglich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen, zuzüglich nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. — 6) Bruttosozialprodukt = Bruttoinlandsprodukt zuzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Berliner von außerhalb beziehen abzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Auswärtige aus Berlin beziehen. In diesen Saldo geht auch die Differenz zwischen der in der regionalen Produktion und der regionalen Verwendung enthaltenen Umsatzsteuer ein. — 7) Inlandskonzept.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

hauptgewerbes hat verschiedene Gründe: Zunächst war der Auftragsbestand zum Jahresbeginn nach dem Produktionsprung von 1984 erheblich geschrumpft. Danach überstieg die Zahl der witterungsbedingten Ausfalltagewerke den Wert des Vorjahres um mehr als ein Viertel. Schließlich dürfte die Bedeutung importierter Bauteile und Bauleistungen erneut zugenommen haben: Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, daß im vergangenen Jahr im Rahmen des öffentlichen Wohnungsbauprogramms ungewöhnlich viele Eigenheime gefördert wurden — ein Gebäudetyp, der zum überwiegenden Teil von westdeutschen Herstellern in Fertigteilbauweise errichtet wird. Darüber hinaus wurden die Aufträge für einige industrielle Großbauvorhaben an auswärtige Firmen vergeben.

Offenbar weniger gravierend als beim Bauhauptgewerbe ist die Beanspruchung auswärtiger Unternehmer im Ausbaubereich. Dieser profitiert daneben verstärkt von der Modernisierung und Instandsetzung im Altbaubereich. Die Aufwendungen für derartige Bauleistungen betrugen 1985, eigenen Schätzungen zufolge, mehr als 2 Mrd. DM und übertrafen damit die Ausgaben für Wohnungsneubauten.

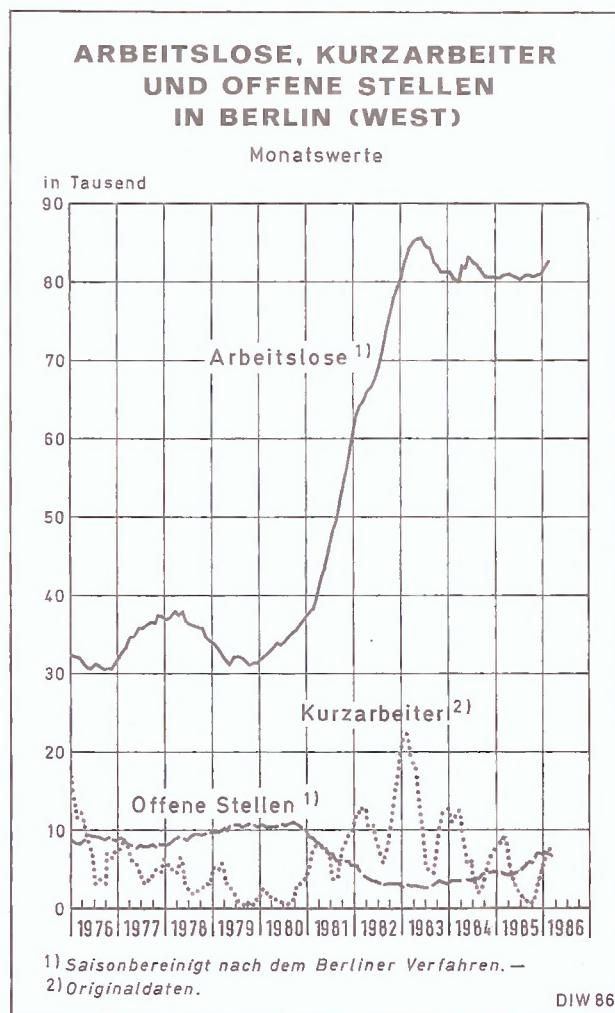
Im Jahr 1986 wird sich die Struktur der Baunachfrage weiter verändern: Der beschleunigten Reduzierung der Wohnungsbauprogramme — von 7 050 Einheiten im vergangenen Jahr auf 5 850 Einheiten — steht eine kräftige Ausweitung der Modernisierung gegenüber. Allein bei den durch öffentliche Mittel initiierten Maßnahmen ist eine Steigerung um 20 vH zu erwarten. Insgesamt werden die Bauinvestitionen etwa ein Niveau wie im Vorjahr erreichen. Die Zahl der Beschäftigten wird jedoch, zumindest im Bauhauptgewerbe, weiter abnehmen, die Arbeitslosigkeit eher noch steigen.

Ausrüstungsinvestitionen nehmen weiter stark zu

Die Ausrüstungsinvestitionen der Berliner Wirtschaft sind im vergangenen Jahr mit 10 vH ebenso stark gestiegen wie 1984, preisbereinigt haben sie um reichlich 7 vH zugenommen.

Fast ein Drittel des gesamten Zuwachses ist auf die erhöhte Investitionstätigkeit der Energiewirtschaft zurückzuführen. Hier schlug vor allem die maschinelle Ausrüstung eines neu errichteten Kraftwerks zu Buche. Deutlich expandiert haben aber auch die Ausrüstungskäufe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Die bisher verfügbaren Informationen deuten für das Jahr 1986 auf ein beschleunigtes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen hin. In der Energiewirtschaft ist eine Zunahme um mehr als die Hälfte geplant. Eine im Februar durchgeführte Umfrage des DIW bei 75 größeren Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes hat ergeben, daß auch in diesem Wirtschaftsbereich erheblich mehr inve-



stiert werden wird als 1985. Für den Handel und den Dienstleistungssektor liegen zwar keine Informationen über die Investitionsabsichten vor. Nachdem aber die Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr stagniert haben, kann für 1986 eine kräftige Steigerung erwartet werden, zumal Wirtschaftsleistung und Beschäftigung in beiden Bereichen deutlich expandieren werden.

Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen der Berliner Wirtschaft in diesem Jahr preisbereinigt um rund 10 vH höher sein als 1985.

Fazit

Die Zusammenfassung der Schätzungen für die einzelnen Nachfragekomponenten ergibt, daß das Bruttoinlandsprodukt Berlins in diesem Jahr preisbereinigt um 3,5 vH zunehmen wird.

Die Zahl der Arbeitsplätze dürfte sich 1986 um etwa 12 000 oder 1,5 vH auf 871 000 erhöhen. Da nach wie vor mit einer Zunahme des heimischen Arbeitskräfteangebots und vor allem mit einer beträchtlichen Zuwanderung von Arbeitnehmern aus dem Bundesgebiet zu rechnen

ist, wird die Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich unter 80 000 sinken.

Sicherlich ist es nicht zuletzt für die wirtschaftliche Zukunft Berlins wichtig, daß der Rückgang der deutschen Bevölkerung der Stadt eingedämmt wird, und das kann nur durch dauerhafte Wanderungsgewinne erreicht werden. Insofern ist die gegenwärtige Entwicklung zu begrüßen. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit in Berlin voraussetzt, daß ein größerer Teil der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze aus dem heimischen Potential besetzt wird. Der Qualifizierung der Berliner Arbeitskräfte kommt damit nach wie vor hohe Bedeutung zu.

In den vergangenen zwei Jahren hat Berlin seinen erheblichen Rückstand bei Fortbildung und Umschulung verringert. Die Zahl der Arbeitslosen, die an den vom Arbeitsamt geförderten beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, ist kräftig gestiegen; ihr Anteil an der gesamten Arbeitslosenzahl war aber auch im Durchschnitt des Jahres 1985 mit gut 3 vH immer noch wesentlich niedriger als im Bundesdurchschnitt (5 vH). Dabei ist selbst die dort erreichte Teilnehmerquote vor dem Hintergrund der Strukturverwerfungen auf dem Arbeitsmarkt viel zu niedrig.

Die 1983 eingeschränkten Unterstützungsleistungen für Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen sind kürz-

lich durch eine erneute Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes wieder verbessert worden. Der Senat von Berlin hat ergänzend dazu eigene Maßnahmen zur Intensivierung der Weiterbildungsaktivitäten eingeleitet. In einer ersten Stufe dieses Qualifizierungsprogramms sind für die kommenden fünf Jahre 40 Mill.DM vorgesehen. Aus diesen Mitteln sollen beispielsweise Betriebe, die einem Arbeitslosen für drei Monate einen „Trainingsarbeitsplatz“ zur Verfügung stellen, eine Prämie von 1 000 DM erhalten. Ob mit Maßnahmen dieser Größenordnung spürbare und schnell greifende Verbesserungen erzielt werden können, muß freilich bezweifelt werden. Im Zuge der weiteren Schritte sollten daher gegebenenfalls die finanziellen Anreize zur Einrichtung von Plätzen für Qualifizierungsmaßnahmen merkbar erhöht werden. Dabei müssen allerdings die aus der Teilnahme an solchen Maßnahmen resultierenden Beschäftigungschancen auch deutlich werden. Ohne konkrete Aussicht auf einen Arbeitsplatz dürfte die Um- und Weiterqualifizierung vielen Arbeitslosen uninteressant erscheinen. Entscheidende Fortschritte auf dem Gebiet der Qualifizierung werden letztlich nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erzielt werden. Dabei kommt es vor allem darauf an, daß auch die Unternehmen, die häufig über den Mangel an geeigneten Arbeitskräften in Berlin klagen, ihr Engagement wesentlich intensivieren.

Zur Wirtschaftslage: Westliche Industrieländer: Ölpreissenkung und Dollarkursverfall prägen Konjunkturentwicklung

Auf die Entwicklung der Weltwirtschaft wirken sich gegenwärtig vor allem zwei Ereignisse aus: Der Ölpreisverfall und das beträchtliche Sinken des Dollarkurses gegenüber den meisten Währungen, insbesondere gegenüber dem Yen. Die Ölpreissenkung erhöht in den ölimportierenden Ländern die reale Kaufkraft der privaten Haushalte und verringert die Kosten der Unternehmen. Sie wirkt dort, für sich genommen, konjunkturstützend.

Der Ölpreiserückgang hat aber nicht nur einen positiven Effekt in den Ländern, die Öl importieren, sondern er dämpft auch die Wirtschaftsentwicklung in den Volkswirtschaften, die Öl fördern, und vermindert deren Importfähigkeit. Dies verringert wiederum die Exportchancen der ölimportierenden Industrieländer, insbesondere Westeuropas und Japans, deren Wettbewerbsposition sich infolge der Wechselkursentwicklung ohnehin verschlechtert hat.

Würden die ölproduzierenden Länder ihre Ausgaben im gleichen Maße einschränken, wie ihre Einnahmen zurückgehen, so würde der positive Nachfrageeffekt, den die Ölpreissenkung in den ölimportierenden Volkswirtschaften hat, durch den negativen Effekt einer entsprechenden Ausfuhrsenkung ausgeglichen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die Ölländer ihre Ausgaben ihren Einnahmen ohne Verzögerung anpassen. Auch nach den Ölpreiserhöhungen im letzten Jahrzehnt vollzog sich diese Anpassung mit erheblicher Verzögerung. Allerdings bereitet nicht die Bildung von Einnahmenüberschüssen, wohl aber die von Ausgabenüberschüssen Finanzierungsschwierigkeiten, wenn eigene Mittel hierfür nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Anpassungsdruck ist deshalb jetzt größer. Trotzdem ist vorläufig nicht damit zu rechnen, daß der positive Nachfrageeffekt der Ölpreissenkung in den ölimportierenden Ländern durch den negativen Nachfrageeffekt, der von den Ölländern ausgeht, voll ausgeglichen wird.

Der Ölpreiserückgang dürfte somit per Saldo eine konjunkturstützende Wirkung in den Industrieländern haben. Er hat den gleichen Effekt wie eine finanzpolitische Anregung durch Senkung der indirekten Steuern, die nicht voll durch Ausgabekürzungen aufgefangen wird. Die konjunkturelle Stützung durch den Ölpreiserückgang wird von den meisten Regierungen begrüßt, obwohl sie selbst den immer wieder erhobenen Forderungen nach finanzpolitischen Maßnahmen zur Verstärkung der wirtschaftlichen Expansion in Westeuropa und Japan — wenn überhaupt — nur zögernd nachgaben und diese Maßnahmen zu schwach dosierten. In einigen Ländern wird gegenwärtig allerdings diskutiert, ob nicht die Ölpreissenkung zum Anlaß für eine Erhöhung der Mineralölbesteuerung genommen, damit die Konsolidierung der öffentlichen Haus-

halte beschleunigt und gleichzeitig einer erneuten Ölverschwendung entgegengewirkt werden sollte. Würden aber nicht Steuern an anderer Stelle gesenkt, so würde auf die konjunkturelle Stützung durch die Ölpreissenkung gerade zu einer Zeit verzichtet, in der die Wechselkursentwicklung die Exporte Westeuropas und Japans nicht mehr begünstigt, in der also von dieser Seite konjunkturdämpfende Wirkungen ausgehen. Allerdings regt der wechselkursbedingte Rückgang der in Dollar fakturierten Importpreise über eine Stärkung der inländischen Kaufkraft ebenfalls die Konjunktur an.

Im Gegensatz zu Westeuropa und Japan profitiert die Exportwirtschaft in den USA von der beträchtlichen Dollarkursenkung. Diese und der Rückgang der Ölpreise erleichtern es den USA, ihre Probleme zu lösen, nämlich das hohe Leistungsbilanzdefizit sowie den hohen Passivsaldo im Bundeshaushalt allmählich zu verringern, ohne einer erneuten Rezession Vorschub zu leisten. Die Senkung des Dollarkurses verbessert die Wettbewerbsposition der amerikanischen Wirtschaft erheblich. Andererseits steigen die Importpreise. In dieser Situation bringt das Fallen der Ölpreise eine Entlastung, die die Gefahr einer spürbaren, durch die Wechselkursentwicklung bedingten Inflationsbeschleunigung verringert. Dies gibt dem Federal Reserve Board die Möglichkeit, seinen relativ expansiven geldpolitischen Kurs fortzusetzen und damit die Konjunktur auch von dieser Seite zu stützen. Die Konjunkturaussichten haben sich daher leicht verbessert. Anders als im vergangenen Jahr, als die Erhöhung der inländischen Nachfrage wegen der wechselkursbedingt schwachen amerikanischen Konkurrenzposition vor allem dem Ausland zugute kam, profitiert die amerikanische Wirtschaft gegenwärtig von der Steigerung der Inlands- wie der Auslandsnachfrage. Trotzdem wird sich das hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit nur allmählich verringern; wegen der Verschlechterung der Terms of Trade erhöht es sich sogar zunächst noch.

Mit der Abnahme des Defizits wird eine Änderung in der Konstellation der Einnahmen-Ausgabensalden einhergehen. Profitieren werden hiervon zuerst die Unternehmen, deren Exporterlöse zunehmen. Ihre Gewinnsituation wird sich verbessern, ihr Fremdfinanzierungsbedarf sich verringern. Aber auch auf den Staat wird sich die Änderung der Saldenkonstellation schließlich positiv auswirken, denn seine Steuereinnahmen werden bei leicht beschleunigter Expansion verstärkt zunehmen, und dies wird zu einer allmählichen Abnahme des Staatsdefizits führen. Es hängt allerdings von Stärke und Dauer der weiteren wirtschaftlichen Expansion ab, wie nachhaltig diese Defizitverringerng sein wird.

Tabelle 1

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1984 IN VH		VERAENDERUNG IN VH GEGENUEBER VORJAHR								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1984			1985			1986		
			REAL	NOMINAL	PREISE 2)	REAL	NOMINAL	PREISE 2)	REAL	NOMINAL	PREISE 2)
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	7.8		3.0	4.9	1.8	2.4	4.6	2.1	3	6	3
FRANKREICH	6.2	16.6	1.3	8.7	7.3	1	6.5	5.5	2.5	6.5	4
GROSSBRITANNIEN	5.5	10.9	2.5	6.8	4.2	3.5	8.5	5	2.5	6.5	4
ITALIEN	4.4	10.2	2.6	13.6	10.7	2	10.5	8.5	2.5	9.5	7
SPANIEN	2.0	2.3	2.2	14.1	11.6	2	10.5	8.5	2.5	9.5	7
NIEDERLANDE	1.6	11.4	1.7	4.3	2.6	2	4	2	2.5	3.5	1
BELGIEN	1.0	9.2	1.0	7.1	6.0	1.5	6	4.5	2	5.5	3.5
DAENEMARK	0.7	2.7	3.5	9.4	5.6	2.7	7.9	5	3	5.5	2.5
GRIECHENLAND	0.4	1.3	2.4	21.3	18.5	2	25.5	23	2	20	17.5
PORTUGAL	0.2	0.6	-1.7	23.4	25.6	2	18.5	16	2	15.5	13
IRLAND	0.2	0.6	4.4	11.3	6.6	3	8.5	5.5	3	8.5	5.5
EG	30.0		2.3	8.5	6.0	2.2	7.5	5.2	2.5	7	4.5
EG OHNE BRD	22.2		2.0	9.7	7.5	2.1	8.5	6.3	2.5	7.5	5
EG OHNE BRD 3)		65.8	1.9	8.8	6.8	2	7.6	5.7	2.5	6.5	4.5
SCHWEDEN	1.2	3.5	3.3	11.6	8.1	2	9	7	2	7	5
SCHWEIZ	1.2	7.0	2.6	5.5	2.8	3.5	6.5	3	3	5	2
OESTERREICH	0.8	6.5	2.0	6.9	4.8	3	6	3	3	5.5	2.5
NORWEGEN	0.7	1.5	3.8	11.3	7.2	4	9	5	3.5	6.5	3
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	33.9		2.4	8.5	6.0	2.3	7.5	5.2	2.5	7	4.5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER 0.BRD	26.1		2.2	9.6	7.2	2.2	8.3	6.1	2.5	7	4.5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER 0.BRD 3)		84.3	2.0	8.5	6.4	2.2	7.5	5.3	2.5	6.5	4
USA	46.4	12.6	6.6	11.0	4.1	2.3	5.8	3.4	3	7	4
KANADA	4.1	1.2	5.0	8.0	2.8	4	7.5	3.5	3	7	4
JAPAN	15.6	1.9	5.1	6.4	1.3	4.5	6	1.5	3.5	5	1.5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	66.1		6.1	9.7	3.4	2.9	6	3	3	6.5	3.5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER 3)		15.7	6.3	10.2	3.7	2.7	6	3.2	3	7	3.5
INSGESAMT	100.0		4.9	9.3	4.2	2.7	6.5	3.7	3	6.5	3.5
INSGESAMT OHNE BRD	92.0		5.0	9.7	4.5	2.7	6.6	3.8	3	6.5	4
INSGESAMT OHNE BRD 3)		100.0	2.7	8.8	5.9	2.3	7.3	4.9	2.5	6.5	4

1) AUF DOLLARBASIS.- 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR.- 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

Gegenwärtig wird die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung vor allem durch die Zunahme des privaten und öffentlichen Verbrauchs sowie die Steigerung des Exports getragen. Das Investitionswachstum hat sich dagegen stark abgeschwächt. Wenn das verbesserte konjunkturelle Klima die Investitionen noch nicht angeregt hat, so kommt hierin vor allem die Unsicherheit über den künftigen finanzpolitischen Kurs der Regierung zum Ausdruck. Die Regierung steht unter massivem Druck, die Haushaltskonsolidierung durch Ausgabenkürzungen energischer als bisher voranzubringen. Solche Kürzungen würden den weiteren Konjunkturverlauf nur dann nicht dämpfen, wenn die Investitionen wieder rascher stiegen. Die Chance, daß es zu einer solchen kompensatorischen Gegenbewegung kommt, ist durchaus ge-

geben, da die Regierung bei der Konsolidierung weiterhin sehr behutsam vorgeht.

Anders als in Westeuropa, wo die Ölpreissenkung als ein der Aufwertung der meisten europäischen Währungen gleichrangiger Faktor beurteilt wird, schätzt man in Japan die Yen-Aufwertung gegenüber dem Dollar als das dominierende Ereignis ein, das die Konjunkturentwicklung erheblich gefährdet. Dies ist verständlich, weil einmal die Handelsverflechtung zwischen Japan und den USA viel enger ist als zwischen Westeuropa und den USA und weil sich zum anderen der Yen gegenüber dem Dollar stärker aufgewertet hat als die Währungen westeuropäischer Länder. Zu der starken Yen-Aufwertung kam es, obwohl die japanische Notenbank die Wechselkursentwicklung nicht mehr wie im vergangenen Jahr zins- und geld-

Tabelle 2

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LAENDER	PRIVATER VERBRAUCH			OEFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE- INVESTITIONEN			EXPORTE VON GUETERN UND DIENSTEN			IMPORTE VON GUETERN UND DIENSTEN		
	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	0.8	1.7	4	2.5	2.1	1.5	0.8	-0.3	4.5	8.2	7.2	3.5	5.2	4.7	6
FRANKREICH	0.7	1.5	2	0.3	0.5	0	-2.2	0	2.5	6.9	3.5	4	2.6	3.5	4
GROSSBRITANNIEN	1.6	2.5	2.5	1.3	1	1	8.2	1	0	7.1	6.5	4	9.4	3.5	3
ITALIEN	1.8	2	2	2.7	2	1.5	4.1	4	4	7.0	6	5	9.6	8	5.5
SPANIEN	-1.0	1	1.5	2.0	4.5	4	-3.5	6	7	15.0	2	4	0.0	3	4.5
NIEDERLANDE	-0.5	1.5	2	-1.6	0	0.5	4.3	2.5	3	7.0	5	4.5	5.9	4.5	4.5
BELGIEN	1.0	0	0.5	0.0	-1	-0.5	4.7	3	2.5	4.5	4	4	5.9	2	3
DAENEMARK	2.7	2.6	3	-0.6	1.1	0	12.5	13.9	3	3.8	3.9	4.5	6.2	7.3	3.5
GRIECHENLAND	1.4	1.5	1	3.5	3	2.5	-1.4	2.5	2	10.8	6	4	3.0	5	3.5
PORTUGAL	-3.0	1	1	1.8	1	0	-5.5	0	2	14.7	7.5	7	-3.2	8	6
IRLAND	-0.5	1.5	2	-1.2	0	0	-1.8	2	2	16.9	10.5	8	9.5	7	5.5
1) EG	0.9	1.7	2.5	1.5	1.4	1	2.0	1.6	3	7.7	5.6	4	5.9	4.5	4.5
1) EG OHNE BRD	0.9	1.7	2	1.1	1.2	1	2.4	2.4	2.5	7.5	5	4.5	6.1	4.5	4
SCHWEDEN	0.9	1.5	2	1.8	1	1	4.0	2	1	6.9	3.5	4	5.1	7.5	4
SCHWEIZ	1.4	2	2.5	1.7	3	1.5	4.0	5	4.5	6.7	8	5	7.0	6	4.5
OESTERREICH	-0.8	2.5	2	0.9	2	1.5	2.0	4.5	5	13.0	10	4	14.0	7	4
NORWEGEN	1.5	4	3.5	2.0	3	3	11.1	-2	4	5.1	2	3	6.2	5	1
1) EUROPAAEISCHE INDUSTRIELAENDER	0.9	1.8	2.5	1.5	1.5	1	2.4	1.7	3	7.7	5.6	4	6.2	4.8	4.5
1) EUROPAAEISCHE INDUSTRIEL.O.BRD	0.9	1.8	2	1.2	1.3	1	2.9	2.4	3	7.5	5.2	4.5	6.4	4.8	4
USA	4.4	3.3	3	4.1	5.5	3	16.6	7.7	3	6.2	-2.9	3	22.8	2.1	3
KANADA	3.7	3	2.5	2.6	1.5	1.5	0.7	5.5	5	19.5	7	6	14.4	8	5
JAPAN	2.8	3	3.5	2.5	2.5	3	4.6	5.5	3.5	17.5	8	3	11.1	3	2
1) AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	4.0	3.2	3	3.8	4.8	3	11.7	6.8	3.5	11.7	2	3.5	18.7	3.2	3
1) INSGESAMT	3.0	2.7	3	2.9	3.6	2	8.6	5.2	3.5	9.4	4.1	4	11.8	4.1	4
1) INSGESAMT O.BRD	3.1	2.8	3	3.0	3.7	2.5	9.3	5.6	3	9.6	3.6	4	12.7	4	3.5

1) GEWICHTE 1984 AUF DOLLARBASIS.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

politisch flankiert. Zur Stützung der Binnenkonjunktur hat sie vielmehr die Geldpolitik gelockert und eine Senkung der Zinssätze zugelassen. Wenn trotzdem der Yen-Kurs weiter stieg, so deswegen, weil sich — genauso wie in den vergangenen Jahren beim Dollar — Aufwertungserwartungen herausbildeten, die zu einer eigenständigen, den Yen-Kurs nach oben ziehenden Kraft wurden.

Die Abschwächung der die japanische Wirtschaftsentwicklung lange Zeit stützenden Exportkonjunktur dürfte nicht ohne Einfluß auf die Investitionsneigung bleiben. Sie wird sich bei verschlechterten Exportaussichten abschwächen. Eine Gegenkraft zu diesen Tendenzen wird allerdings die Entwicklung des privaten und öffentlichen Verbrauchs bilden. Genauso wie in den anderen Industrieländern erhöhen sich in Japan die Realeinkommen als Folge des Ölpreistrückgangs. Hinzu kommt der Effekt der wechselkursbedingten Importpreissenkung. Die Zunahme des privaten Verbrauchs wird sich daher leicht be-

schleunigen. Auch der öffentliche Verbrauch dürfte verstärkt expandieren, da die japanische Regierung aus Furcht vor einer erheblichen Konjunkturabschwächung die Finanzpolitik wieder expansiver gestaltet. Es ist infolgedessen damit zu rechnen, daß sich trotz der verschlechterten Exportkonjunktur die Expansionsverlangsamung in Grenzen hält und in Japan auch in diesem Jahr noch ein Wachstumstempo erreicht wird, das über dem in Westeuropa liegt.

In Westeuropa dürfte die Wechselkursentwicklung die Exportentwicklung nicht so sehr dämpfen wie in Japan, weil hier die Aufwertung schwächer ist und weil der inner-europäische Handel davon weniger betroffen wird. Verstärkt sich aber die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Westeuropa infolge der Ölpreisentwicklung, so hat das auch positive Rückwirkungen auf den Handel der europäischen Länder untereinander.

Tabelle 3

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN					
	UNSELBSTAENDIGER ARBEIT						IN LANDESWAERHUNG									IN SZR		
	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986			
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	9.3	8	9	3.5	3.8	5	6.1	5.4	5.5	0.4	1.4	2	-6.1	-1				
FRANKREICH	13.4	8.5	9.5	6.9	6.5	5.5	11.9	7.5	7	5.5	5.5	3	-4.0	3.6				
GROSSBRITANNIEN	8.4	9	4.5	6.1	8.5	7.5	6.3	5.5	2	4.0	5	5	-4.5	1.8				
ITALIEN	18.7	16.5	13.5	11.5	10	8	15.8	14	10.5	8.8	8	5.5	-1.9	0.5				
SPANIEN	17.4	13	12.5	11.5	8.5	7.5	14.5	11	10	8.8	6.5	5	1.2	2.7				
NIEDERLANDE	13.3	8.5	7	0.0	1.5	1.5	11.4	6.5	4.5	-1.6	-0.5	-1	-8.7	-5				
BELGIEN	12.0	9	10.5	6.6	4.5	3.5	10.9	7.5	8.5	5.5	3	1.5	-2.6	1.2				
DAENEMARK	11.8	6.9	10	7.9	7.2	5	8.0	4.1	6.5	4.2	4.4	2	-4.0	3				
GRIECHENLAND	24.4	28	21.5	18.0	23	18	21.4	25.5	19	15.2	20.5	15.5	-6.1	4.5				
PORTUGAL	33.0	20	16.5	17.5	17	14	35.3	17.5	14.5	19.5	14.5	12	-15.3	0.7				
IRLAND	19.5	9	12.5	8.5	8.5	7	14.4	6	9	3.9	5.5	4	-5.6	3.7				
3) EG	13.4	10.8	10	6.7	6.8	6	9.7	7.3	6	3.5	3.8	3	-4.8	0.6				
3) EG OHNE BRD	14.7	11.7	10	7.9	7.8	6.5	11.1	8	6.5	4.7	4.7	3	-4.2	1.2				
SCHWEDEN	15.3	11.5	9	9.5	8.5	6.5	11.6	9.5	7	6.0	6.5	4.5	2.5	3.9				
SCHWEIZ	9.2	12	7	4.2	4	4	6.4	8.5	4	1.5	0.5	1	-5.4	-3.2				
OESTERREICH	9.7	5	8.5	5.0	6	4.5	7.5	2	5	2.9	3	1.5	-3.7	0.4				
NORWEGEN	17.5	13.5	9.0	8.3	7	6	13.2	9	5	4.3	3	2	-2.8	-0.8				
3) EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	13.2	10.8	9.5	6.7	6.7	6	9.7	7.3	6	3.6	3.7	3	-4.4	0.6				
3) EUROPAEISCHE INDUSTRIEL. O. BRD	14.4	11.6	10	7.7	7.6	6.5	10.9	8	6	4.6	4.5	3	-3.9	1.1				
USA	18.1	3	8.5	9.7	6.8	6.5	10.8	0.7	5	2.8	4.4	3.5	7.2	5.4				
KANADA	14.5	11.5	11	6.1	5.5	5.5	9.1	7.5	8	1.0	1.5	2.5	0.2	-2.8				
JAPAN	6.7	6.5	3	5.3	6.5	6	1.5	2	-0.5	0.3	2	2.5	4.6	2.5				
3) AUSSEREUROPE. INDUSTRIELAENDER	14.9	4.4	7	8.5	6.7	6.5	7.2	2.4	3.5	1.6	3	3	5.0	2.8				
3) INSGESAMT	14.4	6.6	8	7.9	6.7	6	8.7	5.3	5	2.8	3.4	3	-0.6	1.5				
3) INSGESAMT O. BRD	14.8	6.5	8	8.3	6.9	6.5	9.1	5.3	5	3.2	3.8	3	0.3	1.9				

1) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOESOZIALPRODUKTS. - 2) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOESOZIALPRODUKTS. - 3) GEWICHTET MIT 1984ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2); GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA - DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN.

QUELLEN: SAEG, VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

Anders als die Währungen der meisten westeuropäischen Volkswirtschaften hat sich das Pfund abgewertet, weil das Fallen der Ölpreise die Ölexporterlöse *Großbritanniens* vermindert. Dem negativen Effekt, den die Ölpreissenkung im Ölförderland Großbritannien auf die dortige Wirtschaftsentwicklung hat, steht die positive Wirkung der Pfundabwertung gegenüber: Die wechselkursbedingte Verbesserung der britischen Wettbewerbsposition begünstigt den britischen Export, und dies stützt die gesamtwirtschaftliche Expansion. Die gleiche Wirkung wird weiterhin von der Entwicklung des privaten Verbrauchs ausgehen. Bei beachtlich steigenden Realeinkommen der privaten Haushalte wird er auch in diesem Jahr relativ kräftig zunehmen.

Trotzdem ist nicht damit zu rechnen, daß eine Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, wie sie an

dieser Stelle bereits zu Beginn des Jahres prognostiziert wurde, vermieden werden kann. Die Unternehmen beabsichtigen nämlich, ihre Investitionen, die in diesem Jahr steuerlich weniger gefördert werden als in den vorausgegangenen Jahren, kaum noch zu erhöhen. Auch sind die Hoffnungen, daß sich die britische Regierung im nächsten Budget zu einer stärkeren steuerlichen Entlastung bereit findet, geringer geworden, seitdem die Steuereinnahmen aus dem Ölgeschäft zurückgehen und das Budgetdefizit schon deshalb wieder zunimmt. Stärkeren Steuerensenkungen, die dieses Defizit zunächst weiter erhöhen würden, steht die wirtschaftspolitische Grundausrichtung der britischen Regierung entgegen. Nach wie vor ist es ihr Ziel, das Budgetdefizit weiter zu verringern. Zu diesem Zweck plant sie, den Anstieg der öffentlichen Ausgaben weiter einzudämmen.

Im Vorfeld der soeben durchgeführten Wahlen in *Frankreich* hat die wirtschaftspolitische Diskussion eine zentrale Rolle gespielt. Dabei hat die Opposition vor allem herausgestellt, daß die bisherigen sozialistischen Regierungen die 1981 verkündeten beschäftigungspolitischen Ziele nicht erreichen konnten. Allerdings war die Arbeitslosigkeit schon bei der damaligen Regierungsübernahme sehr hoch; die Erhöhung der Arbeitszahl von damals rund zwei auf knapp zweieinhalb Millionen im Jahre 1985, also um etwa ein Viertel, war in der ersten Hälfte der 80er Jahre im internationalen Vergleich durchaus nicht ungewöhnlich, im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland und zu Großbritannien sogar gering. Andererseits konnte die Regierung in wichtigen wirtschaftspolitischen Bereichen auf Erfolge hinweisen, die von keiner der bürgerlichen Regierungen in den 70er Jahren erreicht wurden. Zwar gibt es weiterhin Schwächen in der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft, jedoch sind die Bedingungen für einen konjunkturellen Aufschwung gegenwärtig sehr viel besser als vor ein oder zwei Jahren.

Am spektakulärsten sind die Erfolge bei der Dämpfung des Preisanstiegs, der zuletzt nur noch etwa 4 vH, bei der Regierungsübernahme dagegen rund 13 vH betrug. Eine derart geringe Inflationsrate wurde in Frankreich seit Beginn der 70er Jahre nicht mehr erreicht. So ungünstig das internationale Umfeld für eine expansive beschäftigungspolitische Strategie der französischen Regierung zu Beginn ihrer Regierungszeit war — die wichtigsten Handelspartner betrieben damals eine strenge Restriktionspolitik —, so günstig waren die Rahmenbedingungen für die Antiinflationpolitik in den letzten Jahren. Allerdings ging man hierbei auch mit Geschick vor. So erscheint es zunächst erstaunlich, daß gerade eine sozialistische Regierung die weitgehende de facto-Indexierung der Löhne lockerte, die Preiskontrollen für die meisten industriellen Produkte aufhob, dem Protektionismus weitgehend abschwor, Abwertungen nach Möglichkeit vermied, die Devisenbeschränkungen fast völlig beseitigte und der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft ihre besondere Aufmerksamkeit widmete — Faktoren, die die Preisentwicklung insgesamt günstig beeinflußt haben.

Auch die Zahlungsbilanzsituation hat sich — nach einer drastischen Verschlechterung 1982/83 — in den letzten zwei Jahren erheblich verbessert. Bei annäherndem Ausgleich der Leistungsbilanz war die Handelsbilanz, vor allem wegen der immer noch bestehenden Wettbewerbschwächen beim Austausch industrieller Produkte, im letzten Jahr allerdings noch negativ. Die günstigere konjunkturelle Entwicklung bei wichtigen Handelspartnern, aber auch die erhebliche Entlastung bei der Einfuhr von Erdöl infolge der gefallen Ölpreise — der Entlastungsbetrag könnte 1986 etwa einem vH des Bruttosozialprodukts entsprechen — werden mögliche negative Effekte der Dollarabwertung überkompensieren, so daß in diesem Jahr zum ersten Mal seit langem wieder mit

einem deutlichen Überschuß der Leistungsbilanz gerechnet werden kann.

Bei andauernder und durch den Ölpreisrückgang sowie die Dollarabwertung noch geförderter Dämpfung des Preisanstiegs werden sich die real verfügbaren Einkommen und damit auch der private Verbrauch günstiger als im Vorjahr entwickeln. Die Ertragslage der Unternehmen verbessert sich weiter, und die Investitionen nehmen — nunmehr auch im Wohnungsbau — wieder zu. Von der neuen Regierung sind kurzfristig kaum einschneidende Veränderungen der Wirtschaftspolitik zu erwarten. Das Budgetdefizit wird 1986 voraussichtlich wiederum etwas über 3 vH des Sozialprodukts betragen. Bei einer wahrscheinlichen Verringerung des Preisanstiegs bis auf unter 3 vH soll die Geldmenge (M 3) in diesem Jahr um etwa 5 vH zunehmen. Unter diesen Bedingungen kann mit einem Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von etwa 2,5 vH gegenüber etwa 1 vH im Vorjahr gerechnet werden.

Die konjunkturelle Entwicklung in *Italien* weist eine Reihe positiver Faktoren, aber auch Risiken auf, da grundlegende strukturelle Probleme des Landes immer noch nicht gelöst sind. Bei anhaltend reger Binnennachfrage hat das reale Sozialprodukt 1985 hauptsächlich aufgrund der Verschlechterung der Außenwirtschaftsbilanz nur um etwa 2 vH, statt — wie von der Regierung prognostiziert — um 2,5 vH zugenommen. Vor allem die im internationalen Vergleich gute Investitionskonjunktur ließ die Importe schneller steigen als die Exporte.

Mit einer Inflationsrate, die mehr als doppelt so hoch wie die der wichtigsten Handelspartner ist, bleibt die konjunkturelle Situation labil. Die Regierung ist sich dieses Risikofaktors bewußt und hat sich in der letzten Zeit immer mehr auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Preisauflaufs konzentriert. Nachdem die in den letzten Jahren eingeleitete Entschärfung der „Scala mobile“ immer wieder infrage gestellt wurde, scheint es mit dem kürzlich verabschiedeten Finanzgesetz gelungen zu sein, die automatische Lohnanpassung in Zukunft weiter abzukoppeln. Statt vierteljährlich wird die Anpassung nunmehr halbjährlich vorgenommen; ähnliches gilt für Renten und viele Sozialleistungen. Die Lohnentwicklung soll die prognostizierten Inflationsraten von 6 vH 1986, 5 vH 1987 und 4 vH 1988 nicht übersteigen.

Gemessen an den bisherigen Erfolgen der Inflationsbekämpfung — und einem wohl auch 1986 kaum zu reduzierenden Budgetdefizit von 14 vH des Bruttosozialprodukts — sind diese Ziele sehr ehrgeizig gesetzt. Jedoch sind die veränderten internationalen Rahmenbedingungen gegenwärtig für eine Politik der Inflationsbekämpfung günstiger als noch vor einigen Monaten. Als Land mit einer besonders hohen Abhängigkeit von Rohstoff- und Erdölimporten wird Italien sowohl durch den drastischen Preisrückgang beim Erdöl, vorübergehend aber auch durch die Dollarabwertung in besonderem Maße außenwirt-

schaftlich entlastet. Das Defizit in der Leistungsbilanz wird sich daher deutlich verringern, obwohl die Importe real wohl stärker als die Exporte steigen werden. Allerdings werden auch diese von der verbesserten Konjunktur der europäischen Handelspartner profitieren, so daß mögliche Einbußen im Geschäft mit den Erdölländern weitgehend kompensiert werden. Mindestens ebenso wichtig wie der außenwirtschaftliche Effekt ist jedoch der positive Einfluß der genannten Faktoren auf die Preisentwicklung. So könnte es der Regierung doch noch gelingen, ihren Zielen näherzukommen. Die Geldpolitik muß dabei den monetären Rahmen eng halten. Wegen der günstigen Ertragslage der Unternehmen dürfte sich dies bei anhaltend reger Gesamtnachfrage kaum auf die Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft auswirken. Bei einem Rückgang der Inflationsrate auf etwa 7 vH wird sich die wirtschaftliche Expansion im Jahresdurchschnitt 1986 mit einer Rate von annähernd 2,5 vH fortsetzen.

Die verbesserte konjunkturelle Situation in den großen Volkswirtschaften wird auf die wirtschaftliche Entwicklung in den *kleineren westeuropäischen Ländern* ausstrahlen. Die preisdämpfenden Effekte des Ölpreistrückgangs werden zudem auch hier wirksam und können die private Nachfrage stimulieren. Mit der Inflationsdämpfung und der zusätzlichen Entlastung der Handelsbilanz bei den Energieimporten wird sich in vielen Ländern auch der Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik vergrößern. Zwar ist kaum mit kurzfristigen nachfragebelebenden Maßnahmen zu rechnen; jedoch wird man im Zweifel eher wieder bereit sein, eine Geld- und Finanzpolitik zu verfolgen, die den mittel- und längerfristigen Wachstumserfordernissen entspricht. So könnte es gelingen, die günstige Konjunktorentwicklung zumindest bis 1987 fortzusetzen. Dabei wird die Beschäftigung zumeist etwas zunehmen. Ein Wirtschaftswachstum, das zu einer deutlichen Reduzierung auch der Arbeitslosenzahlen führt, dürfte jedoch kaum erreicht werden.

Bundesrepublik Deutschland: Gegenläufige Einflüsse von Ölpreissenkung und Dollarkursverfall

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland steht gegenwärtig im Zeichen des Ölpreisverfalls und der starken Abwertung des US-Dollars. Das Ausmaß der Veränderungen dieser für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wichtigen Schlüsselgrößen konnte noch zu Jahresbeginn 1986 nicht vorhergesehen werden. Zu fragen ist, ob und wie stark die Prognosen, die seit Herbst letzten Jahres für 1986 veröffentlicht worden sind, revidiert werden müssen.

Während in der öffentlichen Diskussion Einigkeit darüber besteht, daß der Rückgang des Ölpreises positive Impulse für die Wirtschaft der Bundesrepublik auslösen wird, gilt das nicht ohne weiteres für die unerwartet starke Aufwertung der D-Mark. Zwar haben beide Entwicklungen, jeweils für sich genommen, einen gleichen Primäreffekt, nämlich eine Erhöhung des verfügbaren Realeinkommens der Investoren und Konsumenten in der Bundesrepublik. Sichtbarer Ausdruck dessen ist die Anfang des Jahres erreichte absolute Preisstabilität. Die zu erwartenden Realeinkommensteigerungen im Verlauf dieses Jahres werden, für sich genommen, die Konjunktur stützen. Zu berücksichtigen sind jedoch auch die exportdämpfenden Wirkungen von D-Mark-Aufwertung und Einnahmeausfällen der Ölländer. Es ist derzeit nicht abschließend zu beurteilen, ob sich per Saldo nennenswerte positive Effekte für Konjunktur und Beschäftigung ergeben.

Durch die Aufwertung der D-Mark dürfte sich der Zeitraum verkürzt haben, in dem die Umstellung von Auslands- auf Inlandsnachfrage bewältigt werden muß, wenn die Gefahr eines konjunkturellen Rückschlages ausgeschlossen werden soll. Der Ölpreisverfall kann diese Umstellung durch seine positiven Realeinkommenswirkungen erleichtern. Bisher allerdings, das zeigen die jüngsten Konjunkturindikatoren, ist dieser Prozeß noch nicht in Gang gekommen.

Die industrielle Produktion war zwar im vierten Quartal 1985 vor allem aufgrund einer starken Expansion im Investitionsgütergewerbe deutlich höher als zu Beginn vergangenen Jahres; sie übertraf das relativ hohe Niveau der entsprechenden Vorjahresperiode um 4,2 vH. Im Dezember kam es jedoch zu einem Rückschlag in der Produktionstätigkeit, der — den vorläufigen Daten nach — im Januar 1986 nicht aufgeholt werden konnte (siehe Schaubild). Im Vergleich der Produktion in den Monaten November 1985/Januar 1986 gegenüber August/November 1985 zeigt sich sogar ein leichter Rückgang. Dagegen ist in der Bauwirtschaft zur Jahreswende eine gewisse Erholung der Produktion zu verzeichnen, die allerdings durch die ungünstige Witterung im Februar unterbrochen worden ist.

Insgesamt gesehen folgte die Industrieproduktion damit der Entwicklung, die sich im Auftragseingang schon seit längerem abzeichnet. Nach relativ flachem, aber stabilen Anstieg in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres hat sich insbesondere die Auslandsnachfrage seit dem vierten Quartal sichtbar abgeschwächt, ohne daß es dafür bisher einen Ausgleich aus einem verstärkten Anstieg der Inlandsnachfrage gäbe (siehe Schaubild). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die zuletzt in der Statistik erfaßten Auslandsaufträge zu Dollar-Kursen abgeschlossen wurden, die noch um etwa 10 vH über dem heutigen Niveau lagen. Die jüngsten Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests über Geschäftslage und Geschäftserwartungen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe stützen eine vorsichtige Interpretation der Konjunkturtendenz zur Jahreswende 1985/86. Die Unternehmen sind offensichtlich insbesondere wegen der veränderten währungspolitischen Situation unsicherer geworden.

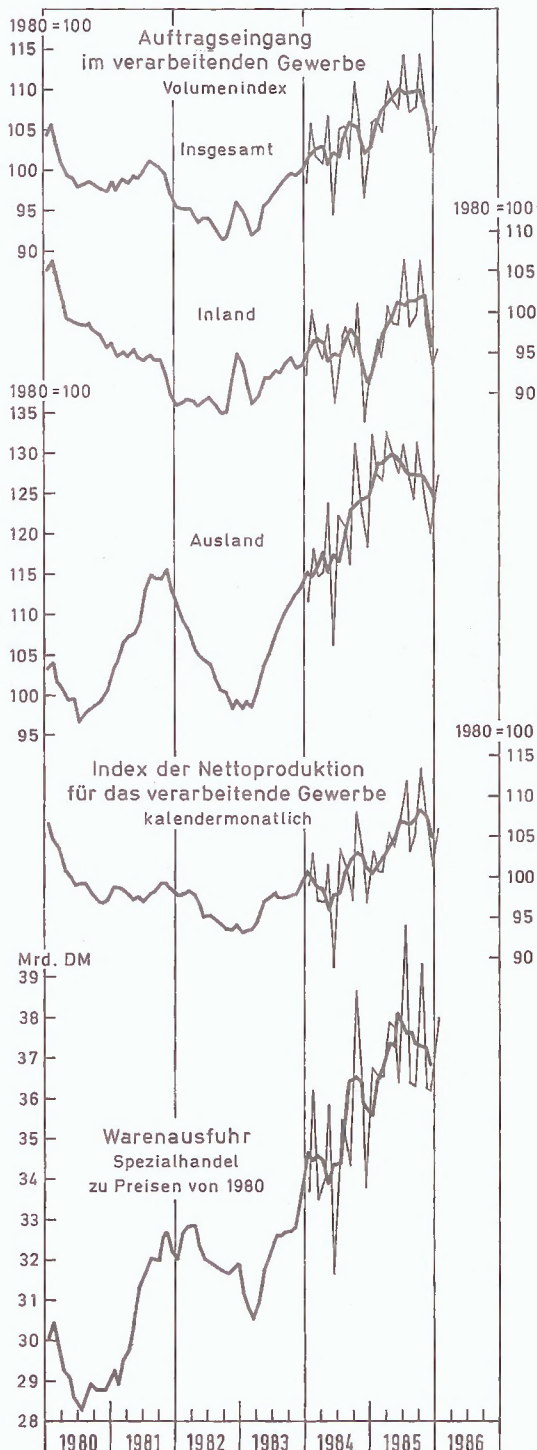
Dennoch sollten die Gefahren für die Exporte der deutschen Industrie nicht überbewertet werden. Hinzuweisen ist auf den hohen Exportanteil der EWS-Länder und die dort zu erwartenden verbesserten Konjunkturperspektiven. Auch ist — längerfristig betrachtet — die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen angesichts nahezu stabiler Lohnstückkosten und der sinkenden Importpreise von Vorleistungsgütern sowie eines breiten und attraktiven Angebotssortiments weiterhin hoch. Ob allerdings 1986 der deutsche Export ebenso stark wie der Welthandel ausgeweitet werden kann, ist angesichts der Entwicklung des Dollar-Kurses fraglich geworden.

Ohne Zweifel ist das in den letzten Monaten erreichte Maß an Preisstabilität erfreulich. Diese seit nahezu zwanzig Jahren nicht mehr erreichte Stabilität der Verbraucherpreise beruht nicht nur auf dem schon seit Mitte 1984 in Gang befindlichen Rückgang der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und dem massiven Fall der Einfuhrpreise seit Frühjahr 1985; entscheidend war die Stabilisierung des inländischen Kostenniveaus.

Eklatant verletzt ist aber trotz der nun über drei Jahre anhaltenden konjunkturellen Erholung weiterhin das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes. Zwar hat der Aufschwung — mit Verzögerung — durchaus Arbeitsmarktwirkungen in Form zunehmender Beschäftigung und des weitgehenden Abbaus der Kurzarbeit gebracht; das reichte aber nicht aus, den Angebotsüberschuß am Arbeitsmarkt merklich zu verringern. Die Zahl der Arbeitslosen betrug — saisonbereinigt — auch zu Beginn dieses Jahres rund 2,3 Millionen. Immer mehr in den Vordergrund rückt damit die Frage, ob die Stetigkeit des Aufschwungs mit der Hinnahme seiner schwachen Grund-

**Indikatoren zur
konjunkturellen Entwicklung 1)
In der Bundesrepublik Deutschland**

— gleitender Durchschnitt aus jeweils
drei saisonbereinigten Monatswerten
— saisonbereinigte Monatswerte



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

tendenz nicht zu teuer erkaufte wird, nämlich mit dem Risiko, in einen konjunkturellen Rückschlag mit einem unverändert hohen Sockel an Arbeitslosigkeit zu gehen.

Ausblick

Der Ölpreisverfall ist in den vergangenen Wochen vielfach als „Konjunkturprogramm“ bezeichnet worden, und viele Prognosen für Beschäftigung und Einkommen wurden nach oben revidiert. Dabei wird in der Regel unterstellt, daß sich die deutsche „Ölrechnung“ für 1986 beim gegenwärtigen Niveau der Ölpreise gegenüber dem Vorjahr um 25 bis 35 Mrd. DM vermindern wird. Das entspricht 1 bis 1 1/2 vH des Bruttosozialprodukts und ist wesentlich mehr, als bei den ursprünglichen Prognosen angenommen worden war. Zwar ist diese Rechnung formal zutreffend, doch führt sie nur zu einem unter sonst gleichen Bedingungen abgeleiteten Effekt. Im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang sind die Wirkungen ohne Zweifel erheblich geringer.

Wichtig für die konjunkturelle Einschätzung im Ganzen ist die Frage, wie die Ölzeugetländer auf den Einnahmerückgang reagieren werden. Für die Ölverbraucherländer bewirken die Realeinkommensteigerungen aufgrund des Ölpreisverfalls nur dann Beschäftigungszunahmen, wenn die zusätzlichen Realeinkommen auch ausgegeben werden. Wirkungen eines Konjunkturprogramms für die deutsche Wirtschaft entfaltet der Ölpreisrückgang nur in dem Maße, wie die positiven Impulse bei der inländischen Nachfrage die Exporteinbußen übersteigen. Mit einem solchen positiven Saldo ist durchaus zu rechnen.

Um die Wirkungen einer Ölpreissenkung vollständig beurteilen zu können, ist ferner zu berücksichtigen, daß der Ölverbrauch nicht völlig preisunelastisch ist. Ebenso wie die beiden Ölpreisexlosionen in den 70er Jahren rascher als erwartet Energieeinspar- und Ölsubstitutionsreaktionen mit sich brachten, könnte der Ölpreisverfall Änderungen des Verbraucherverhaltens verursachen. Allerdings gab es eine Reihe von Anpassungen an das hohe Energiepreisniveau, die kurzfristig nicht mehr rückgängig gemacht werden können, so daß die Mengenwirkungen jetzt begrenzt bleiben.

Darüber hinaus muß bedacht werden, daß die dem Primäreffekt nachgelagerten Wirkungen auch davon abhängen, ob die Mindernachfrage der ölproduzierenden Länder und die Mehrnachfrage der ölverbrauchenden Länder vor allem Güter betreffen, bei denen die deutsche Exportwirtschaft besondere Vorteile hat, also in erster Linie Investitionsgüter. International kommen die Impulse der Ölpreissenkung vor allem Konsumgütern zugute; bei diesen hat aber der Wechselkurs überdurchschnittliche Bedeutung für die deutsche Exportfähigkeit.

Es ist zu befürchten, daß die einmal in Gang gekommene Abwärtsbewegung der US-Devisen wiederum zu

spekulativen Übertreibungen führen wird, wenn die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht — etwa entsprechend dem Beschluß der „Großen Fünf“ vom September 1985 — spekulative Übertreibungen des Dollarkurses auch nach unten zu vermeiden suchen. Denn über erhebliche Schwankungen des Dollarkurses innerhalb kurzer Zeiträume verändern sich die Wettbewerbspositionen der Volkswirtschaften und damit die Marktsituation der Exportunternehmen der Länder beträchtlich. Damit sind weder die Bildung stabiler Erwartungen noch eine effiziente Allokation der Ressourcen entsprechend den längerfristigen Marktbedingungen möglich.

Allerdings können konzertierte Interventionen der Notenbanken auf den Devisenmärkten lediglich Anstoßwirkungen in der gewünschten Richtung ausüben. Einen nachhaltigen Erfolg versprechen sie nur dann, wenn sie durch einen klaren, die Devisenmärkte überzeugenden wirtschaftspolitischen Kurs der beteiligten Länder fundiert werden.

Von März 1985 bis März 1986 hat der US-Dollar gegenüber der D-Mark mehr als ein Drittel an Wert verloren. Davon können die Chancen deutscher Exporteure auf den Weltmärkten nicht unberührt bleiben. Sicher haben viele Unternehmen, die in Konkurrenz zu amerikanischen Produzenten standen, die Marktchancen der vergangenen Jahre weniger für eine Ausweitung ihrer Marktanteile als für eine Verbesserung ihrer Gewinnmargen genutzt und sind daher auch bei niedrigeren Kursen noch wettbewerbsfähig. Zudem muß im Blick bleiben, daß unter Berücksichtigung der für die Bundesrepublik günstigen Preis- und Kostenentwicklung die Wettbewerbssituation sich bei einer Aufwertung der D-Mark weniger verschlechtert, als es die Wechselkursänderung anzeigt. Dennoch darf nicht vergessen werden, daß sich im Zuge der Aufwertung des US-Dollars der Anteil des Exports in die USA am Gesamtexport von Anfang bis Mitte der 80er Jahre von rund 6 vH auf über 10 vH erhöht hat.

Insgesamt ergibt eine vorläufige Bilanzierung der stimulierenden Wirkungen der Ölpreissenkungen und der retardierenden Wirkungen der Aufwertung der D-Mark, daß es zwar für dieses Jahr gewisse positive Produktions- und Beschäftigungseffekte geben wird. Daß sie nicht überbewertet werden dürfen, ergibt sich vor allem daraus, daß ein Mehr an Inlandsnachfrage zu einem erheblichen Teil durch ein Weniger an Auslandsnachfrage kompensiert wird.

Für die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik entstehen damit erweiterte Handlungsspielräume. Die Konstellation von Preisstabilität im Aufschwung, hohen Überschüssen der Leistungsbilanz und Aufwertung sollte insbesondere die Geldpolitik ermutigen, auf dem in letzter Zeit eingeschlagenen Wege einer stärkeren monetären Expansion zu bleiben und Raum für einen weiteren Rückgang des — immer noch hohen — Realzinsniveaus zu schaffen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die jüngste Diskontsenkung. Denn es ist gerade die notwendige Umsetzung des zusätzlichen Realeinkommens in mehr Nachfrage und Beschäftigung, die durch niedrigere Realzinsen erleichtert würde.

Zwar gibt die Finanzpolitik 1986 erstmalig seit langem expansive Impulse, doch kann von daher angesichts des geringen Ausmaßes eine nennenswerte Verstärkung der Wachstumskräfte nicht erwartet werden. Obwohl es zu Lohnabschlüssen kommen dürfte, die einen deutlichen Anstieg der Realeinkommen der Arbeitnehmer zulassen, ist es im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Bedingungen im Inland und die Verschlechterung der Wettbewerbsposition im Ausland keineswegs ausgemacht, daß die wirksame Gesamtnachfrage in der neuen Situation ausreicht, um die Beschäftigung zusätzlich zu dem im Herbst 1985 erwarteten Anstieg zu erhöhen. Dementsprechend wird die Arbeitslosigkeit hoch bleiben. Eine durchgreifende Lösung dieses Problems ist erneut verschoben worden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer + 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1985/86. Bearbeitet von Kurt Geppert und Peter Ring. —

Zur Wirtschaftslage: Westliche Industrieländer: Ölpreissenkung und Dollarkursverfall prägen Konjunkturentwicklung. Bearbeitet von Manfred Teschner und Joachim Volz. —

Bundesrepublik Deutschland: Gegenläufige Einflüsse von Ölpreissenkung und Dollarkursverfall. Bearbeitet von Heiner Flassbeck.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.